



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

11. September 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

die politische Sommerpause ist vorbei, gestern hat mit der Haushaltswoche die zweite Hälfte der Sitzungsperiode begonnen. Trotz des verhältnismäßig schlechten Wetters im Juni/Juli hatten wir bei meiner Wanderung Glück damit: Geregnet hat es zwar, aber immer nur vor oder nach der Wanderung, nie währenddessen. Auf meiner Website www.brigitte-zypries.de können Sie sich einen Eindruck verschaffen – es waren fünf schöne, ereignisreiche und informative Tage. Vielleicht sind Sie nächstes Jahr dabei?

+++ Bürgerbeteiligung +++ Elektronische Petitionen

Haben Sie sich schon einmal mit einer Petition direkt an den Bundestag gewandt? Seit 2005 ist es auch über das Internet möglich, seine Ideen oder Beschwerden an den Petitionsausschuss zu richten. 5.000 Petitionen haben den Bundestag im letzten Jahr auf diesem Weg erreicht. Kürzlich ist unter <https://epetitionen.bundestag.de> das neue, überarbeitete Petitionsforum an den Start gegangen. Hier kann man eine eigene Petition formulieren, aber auch öffentliche Petitionen anderer Bürger lesen und mitzeichnen. Themen, die ein bestimmtes Quorum erreichen oder von großem öffentlichen Interesse sind, sollen in einer öffentlichen Sitzung beraten werden. In jedem Fall hat der Fragesteller einen Anspruch darauf, dass sein Anliegen beschieden wird und er eine Antwort erhält.

Die Vorbereitungen für die Bundestagswahl nächstes Jahr im Herbst nehmen langsam Fahrt auf. Am 20. September werden mich die SPD Darmstadt und die SPD-Darmstadt-Dieburg zum dritten Mal als Kandidatin aufstellen. Ich werde hart dafür arbeiten, dass ich wieder direkt gewählt werde. Wir Sozialdemokraten sind hochmotiviert und wollen mit einem Rot-Grünen Bündnis die jetzige Regierung ablösen. Derzeit bestätigen uns die Umfragen, dass das auch kappen kann!

Diese politische Woche wird mal wieder dominiert von der Eurokrise - morgen verkündet das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung über den ESM. Die Altersarmut ist das zweite große Thema - dazu finden Sie etwas auf der nächsten Seite.

Herzliche Grüße aus Berlin

Euse / Ihre Brigitte Zypries



+++ Wettbewerb +++

Aktiv für Demokratie und Toleranz

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) schreibt zum 12. Mal den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ aus. Es gibt Geldpreise im Wert von 2.000 bis 5.000 Euro zu gewinnen – und natürlich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit.

Einzelpersonen und Gruppen, die sich praktisch für Demokratie und Toleranz engagieren, sollen gewürdigt werden – zum Beispiel Projekte, die sich gegen politischen Extremismus, antisemitische Vorurteile und rassistische Ideologien wenden oder Projekte zur Gewaltprävention, Stärkung von Zivilcourage und Förderung der Integration.

Es können sich Projekte aus dem ganzen Bundesgebiet bewerben, wichtig ist aber, dass es sich um bereits durchgeführte Aktivitäten handelt. Alle Informationen zu den Bewerbungsmodalitäten gibt es [hier](#), Bewerbungsschluss ist der 28. September 2012.

Gerecht und solidarisch – die SPD diskutiert ein neues Rentenkonzept

In diesen Tagen wird intensiv über die Rente diskutiert. Die Bundesarbeitsministerin hat für ihre Vorschläge viel Gegenwind bekommen – sogar aus den eigenen Reihen. **Sigmar Gabriel hat nun vor einigen Tagen das Rentenkonzept der SPD vorgestellt.**

Die Aussichten für die Rente sind nicht gerade rosig. Heute sind 2,5 % der Rentner auf Sozialhilfe angewiesen. Diese Zahl wird sich in den kommenden Jahren erhöhen, denn es gibt immer mehr Menschen, die für Niedriglohn arbeiten oder die nicht fest angestellt sind. Für ein Viertel aller Beschäftigten sind solche Beschäftigungsverhältnisse Realität: **11,8 Millionen Menschen arbeiten in unserem Land in Teilzeit, ein Fünftel aller Beschäftigten sind Geringverdiener. Das bedeutet natürlich, dass künftig auch immer mehr Menschen von Altersarmut betroffen sein werden, weil ihre Renten nicht reichen.** Es kann nicht richtig sein, dass jemand, der sein Leben lang Vollzeit gearbeitet und in die Rentenversicherung eingezahlt hat, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen ist. Das SPD-Konzept sieht vor, dass in Zukunft eine Solidarrente den Niedrigverdienern eine Altersversorgung oberhalb der Grundsicherung bietet. **Das SPD-Konzept, über das im November ein kleiner Parteitag abstimmen soll, sieht eine „Solidarrente“ vor: Langjährig Beschäftigte sollen mindestens 850 Euro Rente bekommen; die Rentenkasse wird dafür gegebenenfalls noch weiter aus Steuergeldern aufgestockt werden.**

Die Lebenserwartung steigt und der Anteil der Erwerbstätigen nimmt ab. Weil so auf Dauer das Rentenniveau nicht gehalten werden kann, ist es richtig gewesen, den Rentenbeginn schrittweise auf 67 Jahre anzuheben. Natürlich muss es aber Regelungen für die Menschen geben, die harte körperliche Arbeit tun und oder die krank und nicht bis zu diesem Alter einsatzfähig sind. Auch das gebietet die Solidarität. Gabriels Konzept sieht vor, dass in solchen Fällen ein früherer Teilrentenbeginn möglich sein soll. Ich glaube, das ist eine Idee, die Arbeitnehmern wie Arbeitgebern entgegenkommt.

Das in meinen Augen Wichtigste allerdings dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren: Gute Löhne sind der beste Schutz vor Altersarmut. Deshalb gilt vordringlich: **Wir brauchen einen echten, gesetzlichen Mindestlohn.** Wir wollen, dass für gleiche Arbeit gleicher Lohn gezahlt wird und dass Mütter und Väter nicht deshalb gezwungen sind, in Teilzeit zu arbeiten, weil es an Kinderbetreuungsplätzen mangelt. Schüler müssen für den Einstieg in die Ausbildung gut qualifiziert sein und auch Ausbildungsplätze finden. Auch ältere Menschen sollen auf dem Arbeitsmarkt Chancen bekommen. **Hier kann heute etwas getan werden - damit morgen die Gefahr der Altersarmut weniger groß ist.**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Fotos:
Madeleine Hintz (S. 2)
Hannes Nonhebel (S. 3)*

Zukunftskongress Deutschland 2020

Wie arbeiten wir morgen? Welche Chancen haben unsere Kinder? Welche Infrastruktur brauchen wir und wie werden wir Gleichberechtigung verwirklichen? Wie werden wir in Zukunft unsere sozialen Sicherungssysteme bezahlen?

Die SPD-Fraktion hat am 14. und 15. September zum Zukunftskongress nach Berlin eingeladen. **Am Freitag und Samstag dieser Woche werden wir mit den 1.100 Menschen, die ihr Kommen angemeldet haben, darüber diskutieren, wie wir in Zukunft miteinander leben wollen.** Sie können per [Live-Stream](#) dabei sein, wenn wir den Blick richten auf die Arbeitswelt von morgen, auf das Miteinander der Generationen im demografischen Wandel, auf künftige Infrastrukturprojekte, auf Integration, gute Bildung und Gleichstellung. **Wo stehen wir heute? Und wo wollen wir in zehn Jahren sein? Wie können wir das Ziel erreichen, dass Deutschland im Jahr 2020 ein gerechtes, modernes und lebenswertes Land mit einer selbstbewussten Demokratie ist?** Das detaillierte Programm des Kongresses finden Sie [hier \(PDF\)](#).

Wir wollen konstruktive Lösungen finden und dafür auch das gesellschaftliche Potenzial nutzen. Deshalb haben wir seit 2011 das „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ ins Leben gerufen. In acht Themengebieten haben wir das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern gesucht und mit Wissenschaftlern und anderen Experten zusammengearbeitet. Aus dieser Arbeit sind Beiträge für ein Modernisierungsprogramm entstanden, das wir Ende dieser Woche vorstellen und diskutieren möchten.

Die hohe Verschuldung, die Eurokrise, das Hin und Her bei der Energiewende, der gespaltene Arbeitsmarkt und die Ausgrenzung ganzer gesellschaftlicher Gruppen – die Verunsicherung in unserem Land wächst zusehends, und das nicht ohne Grund. Denn alle diese Themen sind zentral und das chaotische Handeln der Regierungskoalition verschlimmert die Lage zusätzlich. Um etwas gegen Zukunftsängste tun zu können, muss man den Herausforderungen, die die Zukunft bringt, ins Auge sehen. Ein zuversichtlicher Blick auf die Zukunft ist nur möglich, wenn wir uns nicht abwenden von den Problemen, die wir heute haben und die wir in Zukunft kommen sehen. Wir müssen Ideen laut aussprechen und Lösungsvorschläge engagiert diskutieren. **Zuversicht entsteht nur, wenn wir die Hürden und Herausforderungen kennen und wenn wir vorbereitet sind. Ich glaube, uns fehlt heute genau diese Debatte – eine echte Diskussion darüber, wie wir in Zukunft miteinander leben wollen. Ich freue mich darauf und werde teilnehmen.**